

KAMPF GEGEN WINDRÄDER

Was wollen die Unzufriedenen in Brandenburg?

Von Thomas Wochnik

Die Gesprächsreihe des PEN Berlin in Ostdeutschland endet nach 37 Abenden im Waschhaus Potsdam.



Sie möchte über die Wut reden, die die Menschen empfinden, sagt Eva Menasse auf dem Podium des Waschhauses in Potsdam am Donnerstagabend. Zur Linken der PEN Berlin Sprecherin sitzt ihre Schriftstellerkollegin Monika Maron, zu ihrer Rechten der Moderator des Abends, Jan Feddersen.

Die Wut der einen auf die anderen, die der anderen auf die einen, auf den Staat, die Migranten, den Genderstern, die Politiker, die „Systempresse“, und im Osten die auf den Westen *und* den Osten.

Wenn sich einzelne Stimmen erheben, ist nicht immer klar, wem oder welchem Sachverhalt die gerade gemeinte Wut eigentlich gilt. Klar ist nur, dass die Wut selbst, hier, Donnerstagabend im Waschhaus, ebenso wenig wütet, wie an den meisten der insgesamt 37 Gesprächsabende, die der Schriftstellerverband PEN Berlin in den letzten Wochen in Sachsen, Thüringen und schließlich in Brandenburg ausgerichtet hat. Die Idee der Reihe, deren Abschluss der Potsdamer Abend bildet: gegnerische Seiten an einen Tisch bringen.

Die Wut ist in Potsdam zugegen

Das Motto: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen – Meinungsfreiheit und Demokratie “. Zwei prominente, schriftstellerisch tätige, politisch möglichst weit auseinanderstehende Menschen auf dem Podium, das Gespräch aber nicht als Frontalunterhaltung, sondern unter Einbezug des ganzen Publikums. Bei den Veranstaltungen in Senftenberg oder Frankfurt an der Oder sei es hitziger zugegangen als in Potsdam und an den meisten der Diskussionsabende, erfährt, wer sich umhört.

Mitunter, wie etwa in Eisenach, schien das Maß an Freundlichkeit selbst einer der Podiumsteilnehmerinnen, nämlich der Autorin Kathrin Schmidt, zu viel. Was sie zu immer provokanteren Thesen ermutigte, bis gegen Ende des Abends endlich doch noch ein Gast sichtlich emotional konterte.

Wenn die Wut aber in Potsdam zugegen war, dann in dem Modus, in dem sie einem im Hals stecken bleibt, einen schweigen lässt. Zwei Frauen in der zweiten Reihe empörten sich tuschelnd über vieles, verließen die Veranstaltung schließlich vorzeitig und merklich frustriert – das Mikrofon ergriff keine von ihnen. Die AfD, sagt Monika Maron, biete für viele Wütende zurzeit die einzige Möglichkeit, aktiv „Nein“ zu sagen.

Sie wollten, dass sich etwas ändert – nur was, das weiß auch die Schriftstellerin nicht so genau. Die zwei früh Gegangenen hätten vielleicht Licht ins Dunkel bringen können. Vielleicht hätten sie es aber auch nicht gekonnt.

Denn meistens, wenn jemand versucht, sein Problem mit Deutschland auf den Punkt zu bringen, wird es schnell diffus – sei es, weil der Punkt selbst zu einem unter vielen wird oder weil er hier und da noch mit einiger Schwurbelei angereichert wird. So scheint der Untergang des Abendlandes auch an diesem Abend über lange Strecken an einer von einer vermeintlichen Macht „durchgedrückten“ Gendersprache zu hängen.

Als Eva Menasse darauf hinweist, dass es Schreibenden freistehe, nach Belieben zu gendern oder es sein zu lassen, bemerkt Maron, dass es ihr missfalle, solche Texte lesen zu müssen. Dass es nirgends eine Genderpflicht gab, mittlerweile aber mancherorts das Gegenteil herrscht, nämlich das ausdrückliche Genderverbot, kommt dabei nicht zur Sprache.

Ihr Dorf sei von Windrädern umzingelt, sagt Monika Maron

Als eine Gästin fordert, die Debatte möge sich doch um echte Probleme wie den Wohnungsnotstand, mangelnde Kitaplätze oder das überlastete Gesundheitswesen drehen, geht es im Folgenden stattdessen um die Migration oder die Energiepolitik, die Monika Maron anführt.

Bei ihr im Ort etwa, sagt sie, führe man derzeit einen Kampf gegen Windräder, „umzingelt“ sei man von ihnen, die Abstände schrumpften immer mehr – womit sie ein unfreiwilliges Don-Quijote-Moment in die Debatte holt. Denn auch im Folgenden wird man nur schwer den Eindruck los, dass es insgesamt um einen Kampf gegen Windräder, stellvertretend für die literarischen Windmühlen

geht, also um alles und nichts. Hat nicht auch das Gendersternchen (zur Anschauung: *) eine gewisse Ähnlichkeit mit einem Propeller?

Monika Maron und Eva Menasse streiten auch über Rassismus

Natürlich ist dabei das Problem, das Anwohner mit den Windrädern und ihren gesundheitlichen Folgen haben, genauso ernst zu nehmen, wie die Überlastung jener Kommunen, die mit ungenügenden Mitteln allzu vielen asylsuchenden Menschen würdevolles Leben ermöglichen sollen und wollen, es aber so schlicht nicht können. Fragwürdig wird es aber, wenn die Kritik nicht der Politik gilt, sondern den geflüchteten Menschen selbst. Im Kleinen, wenn man einander im Alltag begegne, sagt Maron, sei vom Rassismus doch aber kaum was zu merken.

Bei ihr im Ort lebe eine Familie, der Vater aus Moçambique, die Kinder seien „die schönsten“ im Ort, da gebe es keine Konflikte. Dass es doch aber durchaus Brennpunkte gebe, wo sich Menschen mit anderer als weißer Hautfarbe aus guten Gründen nicht hintrauen würden, entgegnet Menasse. People of Color würden in Deutschland durchaus verfolgt und diskriminiert.

Ein Gast macht darauf aufmerksam, dass nur acht Prozent der Menschen in Thüringen einen Migrationshintergrund hätten, sie aber rund 25 Prozent der medizinischen Versorgung stellten – und bei der Pflege alter Thüringer noch so manche rassistische Bemerkung über sich ergehen lassen würden.



Eva Menasse und Deniz Yücel, Sprecher:innen des Schriftstellerverbands PEN Berlin

Schwer zu sagen, ob an den 37 Abenden jemals jemand von einem Argument überzeugt werden konnte. Jemand habe ihm vorgeworfen, erzählt PEN-Co-Sprecher Deniz Yücel, dass die ganze Reihe in Thüringen und Sachsen doch nichts gebracht hätte – siehe Wahlergebnisse. Es wäre anmaßend gewesen, sagt Yücel, wenn dies das Ziel gewesen wäre. Anlass für die Reihe war die Studie des Al-lensbach-Instituts, die 2023 erstmals in einem halben Jahrhundert ergab, dass eine Mehrheit (44 zu 40 Prozent) die Meinungsfreiheit in Deutschland als eingeschränkt empfindet. Diese, wie Yücel sagt, gesplante Öffentlichkeit zusammenzusetzen, darum sei es gegangen.

Noch vor gar nicht langer Zeit hätte schon das Kritik nach sich gezogen, lautete doch die entscheidende Frage, ob die Gesellschaft mit Rechten überhaupt reden sollte. Spätestens, seit sich klassische Parteien der Mitte der Rhetorik von Neurechten und Identitären annähern, wirkt die Frage allerdings von den Ereignissen überholt.

Was die PEN-Reihe aber zeigt: Mit den Rechten, Neurechten oder „besorgten Bürgern“ zu reden, ist nicht immer einfach. Mag die Verteilung der Parteisympathien in Senftenberg auch konfliktreicher gewesen sein, in Potsdam saßen entweder keine 30 Prozent AfD-Anhänger in den Reihen, oder sie verhielten sich weitgehend bedeckt. Man kann wohl davon ausgehen, dass faschistische Hardliner solchen Veranstaltungen sowieso fernbleiben oder nicht die Stimme erheben. „Mehr als einladen können wir am Ende auch nicht“, sagt Yücel.

Es heißt oft, man hätte die Menschen von Anfang an ernst nehmen müssen, die sich wütend bei Pegida-Märschen gerierten. Wenn sie ihre Positionen nur Parolen brüllend oder auf Stimmzetteln, nicht aber im Dialog mitteilen, bleibt das schwierig.